

Gesuchte  
Annahme-Bureau.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17);  
bei C. H. Miltz & Co.  
Poststraße 14;  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Streisand,  
in Lübeck bei Ph. Matthias.

Annahme-Bureau.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei S. L. Daube & Co.;  
Haasestein & Vogler,  
Rudolph Kugler.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

# Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Mr. 752.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 26. Oktober.

Inserate 20 Pf. die sechsgeschichtige Zeitung ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

## Amtliches.

Berlin, 25. Oktober. Der König hat geruht: den Kreisgerichtsrath a. D. Behmer hier selbst, unter Wiederaufnahme desselben in den Justizdienst, sowie die Gerichts-Justizioareen Greiff im Bojanowo und Schäfer in Gneisen zu Amtsrichtern zu ernennen.

Dem königlichen Kreis-Bauinspektor Blaurock ist bis auf Weiteres gestattet worden, seinen Wohnsitz von Angermünde nach Eberswalde zu verlegen.

## Politische Uebersicht.

Posen, 26. Oktober.

Der Minister des Innern Graf zu Gulenburg macht folgendes bekannt:

Nach Allerhöchster Bestimmung wird die Gröfzung des Landtages am 28. Oktober d. J., Mittags 12 Uhr, im Weißen Saale des königlichen Schlosses durch den Vizepräsidenten des königlichen Staatsministeriums, Grafen zu Stolberg-Wernigerode, erfolgen. Zuvor wird Gottesdienst um 11 Uhr im Dome für die evangelischen und um 11½ Uhr in der St. Hedwigskirche für die katholischen Mitglieder des Landtages stattfinden. Die Anfahrt bzw. der Ausgang zum Weißen Saale ist für die Mitglieder beider Häuser des Landtages und für das diplomatische Corps, für welches die Tribüne auf der Kapellenseite des Weißen Saales bereit stehen wird, von der Schlossfreiheit unter Portal III. in der nach dem Lustgarten gelegenen Abtheilung, für die Zuschauer, welche auf der Treppe des Weißen Saales Platz finden werden, auf dem großen Schloßhofe, gegenüber der Wache, zwischen den Portalen III. und IV. Die Abfahrt findet an denselben Stellen statt. Die Zuschauer-Billets gelangen im Bureau des Hauses der Abgeordneten zur Vertheilung.

Wie die „Trib.“ wiederholt hervorhebt, steht die Vorlegung von Gesetzentwürfen des Finanzministers, welche sich auf die eigentliche Steuerreform beziehen, nicht zu erwarten, sondern es liegt in der Absicht, dem Landtage in einer Denkschrift den Steuer-Reformplan zu unterbreiten und ihn so zur Debatte zu bringen. Hierbei soll es sich auch um eine Beleuchtung des Gesetzes über die Verwendung von Reichssüberschüssen handeln, welches in der letzten Session zur Annahme gelangt ist. Schwerlich aber dürfte sich die Angabe bestätigen, daß man an einer Revision dieses Gesetzes bereits gedacht habe.

Zur Erklärung der Thatssache, daß Fürst Bismarck weder der Gröfzung der Landtagssession noch dieser selbst beizuhören gedenkt, wird der „Liberalen Korrespondenz“ von authentischer Seite bestätigt, daß die geplanten sozialpolitischen Vorlagen nicht im Landtage, sondern im Reichstage eingebracht werden sollen. Sie vermag in dieser Absicht nur einen Rückzug der Regierung zu erkennen. Während bisher verlautete, das Projekt eines Volkswirtschaftsrates solle vorläufig nur für Preußen zur Ausführung kommen, scheint es nunmehr, als ob man hauptsächlich beabsichtige, sowohl dieses Projekt wie das der Arbeiter-Versicherung für die nächsten Reichstagswahlen agitatorisch zu verwerten. Diese Pläne würden damit an Stelle der Steuerreform treten, die gleichfalls, als man die ungeheuren Schwierigkeiten, auf welche sie stieß, durchschauen lernte, nur noch während der Wahlzeit auf der Tagesordnung zu stehen pflegte, nach derselben aber vom Tapet verschwand. Wir glauben aber kaum, daß dieses Spiel zum zweiten Mal verfangen wird.

Offiziös wird geschrieben: Die Regelung des gewerblichen Schulwesens bildet im Unterrichtsministerium den Gegenstand lebhaftester Fürsorge. Eine Anzahl von Räthen des Kultusministeriums ist jetzt, wie die „Köln. Ztg.“ mittheilt, in die verschiedenen Provinzen gefandt worden, um die dortigen Einrichtungen kennen zu lernen, beweistzustellen, ob und in welchem Umfange die vorhandenen Einrichtungen eine gedeihliche Fortentwicklung nehmen können.

Der Abgeordnete Rieckert wird heute, Dienstag, in Halle a. S. vor einer liberalen Versammlung Vortrag halten. Die Session hat in Halle sehr vielen Anklang gefunden und namentlich die gute Folge gehabt, daß ein Sammelpunkt für alle aufrichtig liberalen Elemente des südlichen Theils der Provinz Sachsen geschaffen wurde. Mit Herrn Rieckert wird auch Herr Kapp an der Halleischen Versammlung teilnehmen.

Wir haben, wie sich unsere Leser erinnern werden, die offiziöse Notiz bereits mitgetheilt, derzufolge der Erwerb der Eisenbahnen durch den Staat von finanziell günstigem Erfolge gewesen ist. Die „Magdeburg. Ztg.“ bemerkt zu jener Notiz:

„Die Sache ist die, daß ein durchgreifendes Ersparnisystem eingeführt worden ist und noch weiter durchgeführt wird. Man vergleiche z. B. den Winterfahrplan Magdeburg-Berlin mit dem bisher gültigen. Da sind einzelne Züge ganz ausgefallen, Courierzüge sind zu gewöhnlichen Zügen gemacht worden u. s. w. Und die erschrecklich wachsende Zahl von Eisenbahn-Unfällen scheint doch auch darauf hinzu deuten, daß entweder die Bahnstrecken oder die Lokomotiven nicht in dem vorzüglichsten Zustande erhalten seien, oder daß in der Aussicht irgend welche Mängel vorhanden sein müssen. Das Publizum fühlt sich beunruhigt, zumal die Untersuchungen, die bisher stattgefunden, niemals klar ersehen lieken, wo der Sitz des Nebels ist. NB. Wir sagen dies, ohne Gegner des Staatsbahnsystems zu sein.“

Die „Offs. Ztg.“ bemerkt: „Unsere Mittheilung, daß eine englische Weizen hier von Ipswich angekommen und nach Berlin verladen sei, hat in berliner Zeitungen zu mehrfachen Diskussionen geführt. Auffällig ist die von der „Ostsee-Ztg.“ gemeldete Thatssache, ihre Richtigkeit vorausge-

setzt, sagt die „Kreuz-Zeitung“, allerdings. Die Richtigkeit ist ohne Frage, die Ladung, aus 222 Tons bestehend, kam hier von Ipswich in dem Schiffe „Camilla“, Jensen, an. Die „Kreuz-Zeitung“ macht dazu ferner die Bemerkung, die Getreidezölle seien, ganz ungerechtfertigter Weise, für die Steigerung der Roggenpreise verantwortlich gemacht; denn trotz desselben Zolles sei Weizen billiger geworden. Das ist allerdings wahr, weil von Weizen die Ernte im Allgemeinen weit besser, als von Roggen ausgefallen ist. Der von derselben Zeitung daraus gezogene Schluß, „daß die Zölle an sich auf die jeweilige Gestaltung des Preises keinen erweislichen Einfluss üben“ ist aber daraus nicht zu folgern, denn ohne die Zölle würden unzweifelhaft beide Getreidesorten billiger als jetzt sein. Richtig ist nur, daß die Zölle keinen merklichen Einfluss auf das Verhältnis der Preise von Roggen und Weizen zu einander haben, was aber auch, so viel wir wissen, Niemand behauptet hat.“

Die Behauptung, daß die Schutzzölle auch den Arbeitern zu Gute kommen, wird durch die thatsländischen Vorgänge leider Lügen gestraft. Ebenso wie jüngst in Sachsen der König selbst in seinem Wunsche, die Notlage der Handwerker seines Landes zu heben, sich bei dem Berichte der Chemnitzer Handelskammer bescheiden mußte, daß eine Abhilfe nur beim Reiche stände, da die Notlage lediglich auf die Garanzölle zurückzuführen sei, haben auch die preußischen Behörden in den Gegenden mit entwickelter Textilindustrie nicht die Macht, dem Notstande in den Arbeiterkreisen dieser Industrie Erleichterung zu verschaffen, es sei denn, daß man die Arbeiter der Textilbranchen bei Wegebauten oder anderen Notstandsarbeiten verwendete. Daß anderenfalls Taufende von Arbeitern im Winter feiern müssen, finden wir ebenso wie in Blättern des Königreichs Sachsen, so auch in rheinischen, sogar schulzöllnerischen Zeitungen bestätigt. Ein Blatt im Wupperthal, welches während der Schutzollkampagne sogar die Poesie in den Dienst des Zolltarifs gestellt hatte, erzählt jetzt eine traurige Prosa des Daseinskampfes, der den Arbeitern bei dem Stillstehen so vieler Webestühle bevorsteht. Das Stillstehen der Webestühle liegt aber in Sachsen wie am Rhein nur an dem Zoll auf Rohmaterialien und Halbfabrikaten, bezüglich dessen der Reichstag die Voraussagungen des Abgeordneten Delbrück so überaus leicht genommen hatte. Die Kehrseite der Medaille von damals findet sich jetzt in der einfachen Zeitungsnotiz, die wir in mehreren rheinischen Blättern finden, daß bei dem Magistrat von Barmen bereits „Tausende von Arbeitern aus der Textilbranche angefragt haben, ob die Stadt nicht im beginnenden Winter Planierungsarbeiten oder Wegebauten vornehmen lasse“. Eines Kommentars bedarf dies nicht.

Die „Schles. Presse“ thelt mit, daß die bei Gelegenheit des schlesischen Katholikentages in Breslau versammelten Geistlichen, 268 an der Zahl, unter dem 12. Oktober eine Gingabe an den Kultusminister von Puttkamer formulirt und unterschrieben haben, welche nach längerer Motivierung die Anerkennung der kirchlichen Rechte dahin fordert, daß

1. den von der Kirche durch die bischöfliche Behörde beauftragten Priestern unbeschränkt die Erteilung, Leitung und Beaufsichtigung des Religions-Unterrichts in der Volksschule zusteht und daher zu belassen, bezüglich zurückzustellen ist;

2. Niemand ohne kirchlichen Auftrag in der Religion unterrichten und prüfen darf;

3. nur katholische Aufsichtsbeamte über katholische Volksschulen gesetzt, die Amtler der Lofat- und Kreisschul-Inspektion wieder den Geistlichen vorbehalten werden und die Mittaufficht der Kirche über die Schule überhaupt wieder zur Geltung gelange;

4. die seit März 1872 errichteten Simultanschulen aufgehoben werden;

5. den Kindern slawischer Zunge der Religionsunterricht in ihrer polnischen, bezüglich böhmischen oder mährischen Muttersprache ertheilt werden darf.

Mit der ungarisch-tschechischen Allianz ist es nichts. Die magyarischen Blätter erklären jetzt alle bis auf die Organe der äußersten Linken, in eine Konspiration gegen die Verfassungspartei werden sich die Magyaren niemals einlassen; was diese auch gegen Ungarn geschieht (!), sie sei noch immer die verlässlichste Stütze des Dualismus in der westlichen Reichshälfte. Die Magyaren flammern sich selbstverständlich an den Dualismus. In seinem eigenen Organ, „Pokrov“, läßt der Tschechienführer Rieger seine peifte Mission in nachstehender Weise kommen. Es sei bekannt, daß der Hohenwart'sche Ausgleichsversuch hauptsächlich durch das Misstrauen der Ungarn in die Loyalität der tschechischen Führer und der tschechischen Politik gescheitert sei. Nun näht jetzt abermals die Verfassungspartei dieses Misstrauen bei den Ungarn, und deswegen mache sich Dr. Rieger zur Aufgabe, „die maßgebenden ungarischen Kreise über die wahre Gesinnung der kompetenten Politiker und Staatsmänner im tschechischen Volke zu instruiren“. Rieger, der die opferwillige Ergebenheit des letzteren für dessen Führer kennt, habe dabei auf die Solidarität des ganzen tschechischen Volkes mit ihm und dem, was er vorzubringen hatte, verweisen können. „Diese Erklärungen aber gipfeln in der entschiedenen und bestimmten Vertheidigung

darin, daß das tschechische Volk nicht gesonnen sei, sich in die inneren Verhältnisse Ungarns zu mischen, daß es das legale und geltende staatsrechtliche Verhältnis der Länder der Stephanskronen zu Österreich respektieren und daß es keineswegs ein Werkzeug und ein Helfershelfer dafür sein wolle, die Rechte des ungarischen Staates zu bestreiten oder zu verletzen, wie dies seitens der verfassungstreuen Zentralisten zu geschehen pflegte und geschieht.“ Dr. Rieger, führt der „Pokrov“ weiter aus, habe es dabei nicht nötig, zu verhehlen, daß der Dualismus, der in Cisleithanien der Verfassungspartei alle Macht und alles Recht auslieferte (Wo bleibt dann die autonomistische Majorität?), nicht das Ideal der Tschechen sei. Allerdings könne sich Dr. Rieger dafür verbürgen, daß das tschechische Volk die Augen vor vollzogenen Thaten nicht verschließe. Auch werde er nicht verschweigen, daß das tschechische Volk, wie es den Ungarn ihre Rechte gönnit und sich nicht in ihre inneren Angelegenheiten mischen will, in gleicher Weise eine loyale Reciprocity zu fordern wagt, daß die Ungarn einer solchen Versöhnung der cisleithanischen Völker und einer solchen inneren Gestaltung Cisleithaniens nicht entgegentreten, welche in keiner Weise die staatsrechtliche Stellung Ungarns zu Österreich beeinträchtigen würde. Endlich und andererseits habe Dr. Rieger mit seiner Reise auch bezweckt, „sich über die Gesinnungen und all das zu informiren, was geeignet wäre, das bisherige Misstrauen auf ungarischer Seite zu beseitigen und einen modus vivendi zu ermöglichen.“ Dr. Rieger liege es nun daran, „sich über die Gesinnungen der ungarischen Staatsmänner und Politiker in Bezug auf die Ausgleichsaktion in Cisleithanien überhaupt über die Wünsche des tschechischen Volkes insbesondere zu informiren“.

Der Bannfluch, welchen der Bischof von Montpellier gegen den Präfekten und die Beamten desselben schleuderte, lautet wie folgt:

Erläuterung: Rousselier, General-Prokurator, Arnal, Prokurator der Republik und Ritter des Ordens des heiligen Gregorius des Großen, Nefe und Erbe des von den Revolutionären zum Märtyrer gemachten Monseigneur Affre, Tresne, Moncault, Zentral-Kommissar, Klößert, Zentral-Kommissar, Robert, Polizei-Kommissar, Dutbier, Kommissar, Laissac, Maire, haben am 16. Oktober zu Montpellier, obgleich sie die Aufgabe hatten, es zu verhindern, ein in den Artikeln 184 und 291 des Strafgesetzbuchs vorgeesehenen und bestraftes Verbrechen, ausgeführt oder ausführen lassen. Diese nämlichen Männer werden infolge dieses Verbrechens mit dem großen Kirchenbanne belegt, von dem sie nur durch den Papst wieder gelöst werden können. Infolge dessen sind sie von der Kirche ausgeschlossen, und jeder Katholik, der Achtung vor Recht und Gemüth hat, muß aufhören, diese Männer auf der Straße zu grüßen, und eine jede Beziehung zu ihnen abbrechen.

Nach Berichten aus Genf fand dort eine Versammlung der Hauptführer der Nationalen statt, in der eine neue Organisation der russischen revolutionären Partei ausgearbeitet und beschlossen wurde, in Paris unter dem Titel „Comité Littéraire“ einen Ausschuß für die Propaganda und die Veröffentlichungen, und in Genf ein Aktions-Komitee zu errichten, welches die Leitung der Partei übernehmen soll.

Der „Morning Post“ zufolge haben die Unterredungen Sir Charles Dilkes mit französischen Staatsmännern in Paris wichtige Resultate zur Folge gehabt, die sich in Kurzem in einem Umsturze der Politik des englischen Cabinets offenbaren dürften. England, so heißt es, stand in der Durchführung seiner eigentlichsten Politik fast isolirt da, aber es sei nunmehr aufs Neue eine bessere Verständigung mit den festländischen Mächten erzielt worden.

König George von Griechenland, von seiner Rundreise durch Europa heimgekehrt, hat die Kammer mit einer Thronrede eröffnet, die wenig geeignet ist, die friedlichen Aussichten zu erhöhen, sondern eine nachdrückliche Aktion Griechenlands in Aussicht stellt. Die Thronrede lautet nach der „Köln. Ztg.“:

Bon meinen Reisen im Auslande zurückgekehrt, beeile ich mich, die Kammer zu begrüßen und um ihre Mitwirkung zur Ausführung der mir obliegenden nationalen Pflichten zu bitten. Diese Pflichten sind ungewöhnlich ernst, aber die Gesinnungen der Nation sind ebenso erhaben. Ich danke durch Ihre Vermittelung der Bevölkerung für die mich erfreuende Kundgebung bei meiner Rückkehr. Die Beziehungen Griechenlands zu den fremden Mächten sind freundlicher Natur, und es ist mir eine angenehme Pflicht, den Ländern, die ich besucht habe, und deren Urtheilspruch Griechenland eine neue Grenze gegeben hat, welche seine Macht ausdehnt und stärkt, meinen Dank auszudrücken. Die Ausführung der Entscheidung der Mächte legt uns die Pflicht des Handels auf, und die Berathungen über die Ausführung dieser Pflicht werden Sie jetzt bei Ihren Verhandlungen vorzugsweise beschäftigen. Die Regierung hat bereits ausgedehnte militärische Vorbereitungen zu Lande und zu Wasser getroffen, für die Anleihen gemacht worden sind, welche die Kammer zu genehmigen erachtet wird. Die Regierung hat schwere Verpflichtungen auf sich genommen, denn die Armee wird nicht eher entlassen werden, bis unter Ziel erreicht sein wird, nämlich bis die neue Ordnung in den Griechenland versprochenen Landesteilen überall durchgeführt sein wird. Ich bin fest entschlossen, sobald als immer möglich das Ziel zu erreichen, für welches ich die Vorbereitungen getroffen habe, und hierbei rechne ich auf Ihre Mitwirkung, da Sie die treuen Vollstrecker des nationalen Willens sind. Gottes Segen wird auf unserem Werke ruhen!

Man sieht aus dieser Rede, daß die Griechen trotz aller beschwichtigenden Worte, die man ihnen von allen Seiten zuraunt, sich noch nicht gutwillig in die durch die Wendung der Dinge

vor Dulcigno veränderte Sachlage schicken. Nicht uninteressant ist die Art, wie die Griechen selbst ihre Ansprüche rechtfertigen. Sie behaupten nämlich, ihnen sei es beim Berliner Kongress vergleichsweise schlecht ergangen; die Berliner Konferenz mit dem Flottenkundgebung sei ursprünglich zum Besten der Griechen bestimmt gewesen, und nun solle sie ausschließlich einem Räubervolke zugute kommen, dessen politische Nothwendigkeit nur von Russland anerkannt werde, dessen Verdienste um die Menschheit gleich Null seien. Dass auch in Griechenland Unruhe und Räuberwesen herrscht und dass griechische Räuberbanden ihr Handwerk auch über die griechische Grenze hinaus ausdehnen und die benachbarten türkischen Provinzen verwüsten, wird wohlweislich von ihnen verschwiegen. Als die ultima ratio ihrer Forderungen stellen die Griechen stets den Tribut der Dankbarkeit hin, den Europa ihnen schulde, weil die griechische Literatur vor vier Jahrhundertern die Fackel der Wissenschaft wieder angezündet hat. Und für sich selbst, die Kinder des 19. Jahrhunderts, führen sie die Fortschritte an, die ihr kahles und abgewirtschaftetes Land seit 50 Jahren gemacht hat; ein Beweis ihrer Lebensfähigkeit, ein Beweis für den Vorzug, der ihnen im Vergleich zu den übrigen stationären orientalischen Völkern gebühre. Während des Berliner Kongresses und der Konferenz glaubten sie sich der Hoffnung hingeben zu können, dass sich Europa dieser „Pflicht“ bewusst geworden; die Diplomaten ließen es nicht an Versicherungen ihrer Gerechtigkeit fehlen; und König Georg unterzeichnete daher ruhig die Mobilmachungsordre seines Heeres, weil er der Unterstützung Europas gewiss zu sein glaubte. Man hoffte, jeden Augenblick in Thessalien und Epirus einzirken zu können. Die beiden Provinzen wurden schon administrativ und strategisch zerlegt; man vertheilte die Posten und überschlug die Kosten. Da zu eben dieser Zeit die griechischen Konsuln in Thessalien und Epirus natürlich nicht müde wurden, von den unerhörten Expreßungen der Türken gegen die Christen nach Athen zu berichten, so nahm die Sache den Charakter eines Kreuzuges an; denn der moderne Griech ist trotz seiner klassischen Erziehung und Färbung stets ein orthodoxer, starrer Christ. Kurzum, die Begegnung der beiden Provinzen hat sich zu einer patriotisch-religiösen Pflicht herausgestaltet und ist in Athen wie im ganzen Lande eine beim Volke höchst populäre Angelegenheit geworden. Aus diesem Grunde ward die Anleihe von 60 Mill. Fr. vollzogen, ward die Mobilmachung angeordnet, welche das Heer im nächsten Januar auf 70,000 Mann bringen soll. Die Griechen behaupten nun, es sei unmöglich, dieser Begeisterung gegenüber — die nach anderen Berichten übrigens nicht so schlimm sein soll — noch einmal die nationalen Hoffnungen zurückzudrängen und beispielsweise das letzte Angebot der Pforte, welches Larissa und Imina ausschließt, anzunehmen. Es gäbe keinen Ministerpräsidenten im Lande, der im Stande wäre, dies ungefähr zu versuchen.

## Die Verhandlungen des XIX. volkswirtschaftlichen Kongresses

finden, so schreibt die „Liberale Korrespondenz“, zur vollsten Befriedigung aller Theilnehmer verlaufen und haben das Interesse andauernd wachgehalten. All' jene Stimmen, welche die Bedeutung des Kongresses dadurch abzuschwächen suchten, dass sie ihn in einen künstlichen Gegenfaz zur Praxis und zum realen Leben hinstellten, sind in schlagender Weise widerlegt worden. Wohl hat der Kongress unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht wie früher die Hoffnung, seine Beschlüsse in allernächster Zeit zu entscheidender Geltung bringen zu können, doch sind sie darum nicht für das Leben verloren. Gegenüber einer aufreibenden Versuchspolitik, einem verwirrenden Kampfe der Interessen repräsentiert der volkswirtschaftliche Kongress das ökonomische Gewissen der Nation, ihre wirtschaftliche Besonnenheit und die wissenschaftliche Aufklärung. Deshalb sind wir überzeugt, dass der Kontrast, welchen die Verhandlungen dieser Tage zwischen den Verhältnissen der wirtschaftlichen Reaktion und den wirklichen Folgen ihrer Experimente auch für das größere Publikum klar gelegt haben, nicht nur theoretisch wirksam sein wird. Wie auf keinem anderen Gebiete ist auf wirtschaftlichem Felde die Theorie die Mutter der Praxis, und wenn unsere Schutz-Zöllner den Anhängern des Freihandels vorwerfen, den praktischen Bedürfnissen fremd und kalt gegenüberzustehen, so sollten sie doch bedenken, dass sie bis vor Kurzem auch nur reine Theoretiker waren und es also leicht von Neuem werden können. Als ein erfreulicher Fortschritt ist es schon zu bezeichnen, dass die Gegner des freien Verkehrs seit einiger Zeit bedeutend kleinlauter geworden sind, auch der diesjährige Kongress hat das bewiesen. Männer, die sich offen zum Schutz-Zoll bekannten, gaben zu, dass die heutigen Zustände jede Beschränkung des Getreideimports oder einen Zoll auf die indirekte Einfuhr als unthunlich, wenn nicht als gefährlich erscheinen ließen. Charakteristisch war in dieser Hinsicht gleichfalls die Versicherung anwesender Süddeutscher, dass jenseits des Mains der Enthusiasmus für die neue Wirtschaftspolitik bereits auf wenig Grade über dem Nullpunkt gefallen und reuige Umkehr zu den früheren bewährten Prinzipien nicht ausgeschlossen sei. Allerdings ist das ganze Pensum, das sich der Kongress, seiner Tagesordnung zufolge, gestellt hatte, nicht erledigt worden, aber was berathen wurde, hat die allgründlichste Behandlung erfahren. Während am ersten Tage die Frage der internationalen Edelmetall-Bewegung, am zweiten das Thema der Versorgung Europas mit Brot sehr lebhafte Debatten hervorriefen, deren eine zu Gunsten der Goldwährung, deren andere in eine entschiedene Verutheilung der Kornzölle auslief, wa es am letzten Tage der deutsch-österreichische Handelsvertrag und die Zoll-einigung beider Länder, welche die Gemüther heftig erregten. Wir meinen, dass auch hier innerhalb der Majorität eine größere Verständigung erzielt worden wäre, wenn man sich auf österreichischer Seite nicht so ausschließlich auf den theoretischen Standpunkt gestellt, deutscher Seite etwas weniger den politischen Theil der Frage, der auch durch die Ausführungen der Referen-

ten immerhin durchklang, betont hätte. Ziehen wir nun mehr das Fazit des Kongresses, so dürfen wir behaupten, dass er nicht nur seinen ruhmreichen Traditionen treu geblieben ist, sondern dass die warme Theilnahme, die er in Berlin, der bedeutendsten Industrie- und Verkehrsstadt Deutschlands, gefunden hat, auch für die Gesundheit seiner Traditionen und Tendenzen zugute. Die lichtvolle Klarheit, welche in den Vorträgen der freihändlerischen Referenten herrschte, stach vortheilhaft gegen die Verschwommenheit in der Darlegung der schütz-Zöllnerischen Opponenten, die überzeugende Materialsfülle jener gegen die Dürftigkeit dieser ab. So ist denn zu hoffen, dass die Resolutionen des XIX. volkswirtschaftlichen Kongresses zur Klärung der Anschauungen weitester Kreise beitragen, also hervorragend praktisch wirken werden.

## Briefe und Zeitungsberichte.

**C. Berlin.** 25. Oktober. [Die Reden des Abg. v. Bismarck-Schönhausen.] Die von dem Redakteur des „Reichsanzeigers“ soeben herausgegebenen Reden, welche der jetzige Reichskanzler als Abgeordneter in den Jahren 1847—51 gehalten, verdienen sehr viel eingehendere Beachtung, als ihnen bis jetzt zu Theil geworden. Man wird ohne Weiteres annehmen können, dass ein Mann in so offizieller Stellung, wie der Herausgeber, dieses Buch dem Publikum nicht übergeben hat, ohne sicher zu sein, dass er damit den Intentionen des Kanzlers entsprach; dies um so mehr, da eine früher veröffentlichte Sammlung, welche von dem Geh. Rath Jahn veranstaltet war, gerade jene Reden von 1847—51 sehr kurz übergangen hatte; der Schluss liegt nahe, dass vor wenigen Jahren die Gründerung an mancher 1847—51 ausgesprochenen Ansichten dem Kanzler unerwünscht war, dass er dagegen jetzt mindestens nichts dagegen hat, das Publikum auf dieselben verwiesen zu sehen, weil die Richtung seiner inneren Politik sich jetzt wieder in vielen Beziehungen damit in Übereinstimmung befindet. Zum Überschluss bemerkte der Herausgeber der vorliegenden Sammlung auch in seinem Vorwort ausdrücklich: „Wer des Fürsten Bismarck Charakter und Politik verstehen will, muss sich mit den Reden des Abg. v. Bismarck-Schönhausen vertraut machen.“ In Bezug auf manche der jetzt schwelbenden Fragen bieten dieselben in der That lehrreiches Material. Im Oktober 1849 sprach Herr v. Bismarck zweimal über die Finanzfrage. Er erklärte die Zinngaben für zwecklos, wenn kein Zwang zum Eintritt in dieselben geschaffen werde; er befürwortete nicht nur diesen, sondern gesetzliche Bestimmungen über die Zahl der Gesellen und Lehrlinge, welche jeder Meister halten dürfe, und die Einführung der Befreiung für die Zinngaben, behufs Beschränkung der „maslosen Konkurrenz“ ferner „die Qualität der Gegenstände, die fabrizirt werden, allgemein zu bestimmen, und einen dieser Qualität entsprechenden Preis zu verabreden, der so normirt sein wird, dass der Handwerker dabei bestehen und nötigenfalls zurücklegen kann.“

Sehr beachtenswert ist heute auch eine Rede gegen die Zivilehe, gehalten im November 1849; es ist dieselbe, deren Schluss zu einem geflügelten Worte geworden ist, die Hoffnung, „es noch zu erleben, dass das Narrenschiff der Zeit an dem Felsen der christlichen Kirche scheitert.“ In dieser Rede bezeichnete Herr v. Bismarck die Einführung der Zivilehe als eine Verleugnung der verfassungsmäßig verbürgten Religionsfreiheit, denn man verlange, dass die Bekennner der christlichen Kirche sich „erst den Erfordernissen der konstitutionellen Glaubensartikel unterwerfen sollen, ehe sie den Segen der Kirche erhalten, der allein die Gültigkeit der Ehe bedinge.“ Mit Bezug auf die der Zivilehe nachfolgende kirchliche Trauung sagte er: „Sie gestatten der Kirche, die Schleppenträgerin der sabbativen Bürokratie zu werden.“ Trotz einzelner Widersprüche gegen neuere Neuerungen des Kanzlers über Steuerfragen ist die Auffassung derselben durch den Abg. von Bismarck-Schönhausen im Ganzen dieselbe, wie man sie im Frühling 1879 im Reichstag von dem Fürsten Bismarck vernommen hat. Gegenüber einer Finanzvorlage des Ministers Hansemann im April 1879 befürchtete er, „dass die Last vorzugsweise auf das platten Land und die kleinen Städte gewälzt werden wird, und dass die Verwendung der aufgebrachten Mittel überwiegend dem Geldverkehr und der Industrie der grösseren Städte zu Gute kommen werde.“ Und im Februar 1850 spricht er von „den Parias des 19. Jahrhunderts, den Rittergutsbesitzern.“ Damit steht das heutige „Steuerreform“-Programm sehr in Übereinstimmung.

Dr. Eduard Lasker hat eine Reihe von Vorträgen, die er bei verschiedenen Gelegenheiten gehalten hat, und die demnächst auch grösstenteils zerstreut gedruckt worden sind, jetzt zu einem stattlichen Bande vereinigt und unter dem Titel: „Wege und Ziele der Kulturentwicklung, Essays von Eduard Lasker.“ (Brochhaus 1881) erscheinen lassen. Wir denken, bei Gelegenheit ausführlicher auf die Sammlung zurückzukommen.

**Bern.** 21. Oktober. Seit gestern verkauft man auf dem hiesigen Bahnhof und anderswo eine Zukunftsnummer der „Gazette de Lausanne“, datirt vom 19. Oktober 1890, deren Urheber man hier unter den jüngsten Gästen der Madame Arnaud auf Schloss Des Cretes suchen will. Nach diesen Hellschern geht Deutschland der allerschlimmsten Zukunft entgegen. Von den Romanen und Slawen nach hartem Kampfe in das alte Chaos zurückgeworfen, muss es von Nordamerika 20 Milliarden zur Bezahlung seiner Kriegsschulden an Frankreich, Russland, Belgien und der Schweiz leihen, welch letztere, ebenfalls 9800 ihrer Kinder auf den verschiedenen Schlachtfeldern lassend, heldenmuthig an seiner Vernichtung teilgenommen hat. Das die Hauptpunkte des trivialen Scherzes, welcher nicht einmal Anspruch auf Originalität und höchstens das Gute hat, dass er verräth, mit welchen Wünschen und Hoffnungen man sich in gewissen Kreisen trägt.

**Brüssel.** [Der Prozess des Titularbischofs von Tourney, Dumont] gegen den belgischen Staat und gegen den päpstlichen Bischofsumsverwalter Dorourreau zum Zweck,

dass dem Kläger in Zukunft allein das bischöfliche Gehalt ausgezahlt werde, ward gestern beim Tribunal der ersten Instanz von Brüssel eingeleitet. Gegen den Pfarrer Peches, der seiner Bauern gepredigt hatte, sie möchten bewaffnet nach Brüssel ziehen und dort erst auf den König, dann auf die Minister zielten, wurde, wie man dem „Tage“ telegraphirt, gerichtliche Verfolgung angeordnet.

## Vocales und Provocelles.

Posen, 26. Oktober.

**Eine Revolveraffaire in Kalisch.** Eine fast amerikanische Revolveraffaire, die sich zwischen russischen Offizieren in Kalisch am hellen Tage abspielte, hat, wie dem „Golos“ und auch mehreren polnischen Zeitungen berichtet wird, sämtliche Bewohner der Stadt Kalisch in nicht geringe Aufregung versetzt. Der Kommandeur des dort garnisonirenden 5. Alexandrijäischen Husarenregiments, Oberst Rogowski, hat nämlich dem Stabsrittermeister Blank durch Revolverkugeln gefährliche Wunden an der Wade und am Arm beigebracht. Die Motive dieser traurigen Begebenheit sind bis jetzt noch nicht bekannt geworden. Einige Stunden nach der That hat sich Oberst Rogowski nach Warthau begeben, während der verwundete Stabsrittermeister im Hospital garniederlag.

**Ein polnisches Preskorgan in Odessa.** Der Odessaer Correspondent der „Gazeta Polska“ meldet, dass in Odessa eine Zeitung in polnischer Sprache gegründet werden solle. Das Programm des neuen Blattes sei neben einem politischen und literarischen Theil ein vorzugsweise wirtschaftliches. An der Spitze der Redaktion steht einer der verdienstvollsten polnischen Publizisten.

**Schulrevisionen.** Die vortragenden Räthe im Kultusministerium, Geh. Oberregierungsrath Wäbold und Geh. Regierungsrath Esser, welche, wie schon mitgetheilt, an der im Anfang des Novembers hier stattfindenden Konferenz über den deutschen Sprachunterricht in den von polnischen Kindern besuchten Volksschulen Theil nehmen werden, trafen gestern bereits hier ein, und halten gegenwärtig in den hiesigen Volksschulen Revisionen ab. Gestern hielt die beiden Ministerräthe mit dem Regierungs-Schulrat Luke und dem Stadt-Schulinspektor, Oberbürgermeister Kohleis eine Revision der Stadtschule III. (auf der Wallstraße) ab.

**Personalien.** Der Feldmesser Theodor Graf zu Gneisenau von der königl. Regierung zu Bromberg zum Vermessungsrevier ernannt. Der Feldmesser Boleslaus Lewandowski ebenda ist für den königl. Staatsdienst vereidigt worden. Der Kanzler-Diätar Schirmer ist als Regierungskonsulent bei der Regierung in Posen angestellt und der Höfeschreiber Walz als Kanzler-Diätar ebenda bestellt.

**Nagy Jacob.** Der „ungarische Hirten-Schalmei-Virtuos“, wird sich hier am nächsten Donnerstag unter Mitwirkung der Kapelle des 37. Regiments im Lambert'schen Saale hören lassen. Die Zeit dazu ist allerdings nicht besonders günstig gewählt, da das gegenwärtige Verhalten der Magyaren eine gewisse Antipathie gegen dieselben in Deutschland hat.

**Die Strafanstalt Cronthal.** welche im Zusammenhang mit einem Artikel der „Nord. Allg. Zeit.“ fürlich auch in unserer Zeitung genannt wurde, hat hinsichtlich ihrer Lage im preußischen Staate manches Kopfschrecken verursacht. Die fragliche Anstalt liegt Posen nicht dest weniger sehr nahe, nämlich in der Provinz Posen, und zwar an der Brahe im Regierungsbezirk Bromberg. Bis vor nicht gar langer Zeit hieß der Ort, bei welchem die Strafanstalt liegt, Polnisch-Crone, heutzutage Crone an der Brahe.

**Flugversuche einer zahmen Gans.** Dass die wilden Gänse vorzeitig fliegen können, kann Federmann im Frühjahr und Herbst an den zahlreichen Schwärmen dieser Wandervögel sehen, die bald nach Norden, bald nach Süden über unsere Stadt hinstiegen. Aber auch zahme Gänse kann zuweilen die Sehnsucht ergrifffen, es den füchsen Seglerinnen der Lüfte, den dahineilenden freien Schwestern gleichzutun. Eine solche Gans, welche auf einen im 4. Stockwerk eines Hauses am Alten Markt befindlichen Boden gesetzt war, und der offenbar dort die Zeit sehr lang wurde, begab sich vorgestern an die offene Bodenluke und flog von da fort. Da die Gans aber bereits stark gemästet war, so trugen ihre Füchte sie zwar nicht nach dem Süden über Meer hin, wohl aber kam sie bald unten auf dem Alten Markt und auf dem Platz an, von wo sie sich auch nicht wieder zu erheben vermochte. Sie wurde denn auch bald wieder eingefangen und zu dem Besther zurückgeführt, so dass sie ihrem Berufe, die Bratenschüssel zu zieren, nicht entgangen ist.

**Δ Rogasen, 22. Okt.** [Dr. denbücher & co.] Schöffens- und Geschworenen-Liste. Vor gestern hat der Dr. Landrat von Rothaus aus Dobrosi dem Stadtkonstanz und Beigeordneten Hirzberg den ihm von Sr. Majestät dem Könige verliehenen Kronenorden überreicht und nahm Veranlassung, dem Deforierten noch ausdrücklich seine Anerkennung für die dem Staate geleisteten Dienste auszusprechen. Selten ist die Anerkennung einer öffentlichen Tätigkeit mit solch allgemeiner Genugthuung aufgenommen worden, wie diese. Unter dem Vorsteher des Amtsrichters Büchner und im Beisein des Landrats hat heute der vom Kreistage gewählte Ausschuss die Schöffens- und Geschworenenliste für das Jahr 1881 festgesetzt.

**Δ Janowitz, 22. Okt.** [Feuer. Verschiedenes.] Vor einigen Tagen brach in dem einige Kilometer von hier entfernten Dorfe Skarewyzne, dem Rittergutsbesitzer v. Wentzel gehörig, Feuer aus, das in kurzer Zeit 10 Wohnungen einäscherte. Dem Besitzer erwächst kein Schaden, da die Gebäude in der Provinzial-Feuerwehr verfestigt waren, wohingegen die armen Einlieger ein arger Verlust getroffen hat, da die meisten ihre ganzen Habeligkeiten durch den Brand verloren. Entstanden soll das Feuer durch die Unvorsichtigkeit einer Einwohnerfrau sein. — In unserer Umgegend stehen noch sehr viele Kartoffeln auf den Feldern. Es steht zu befürchten, dass die Kartoffeln bei der kalten Witterung, die wir seit einigen Tagen haben, sehr bald Schaden leiden könnten. — Die Regulirung der Weina, die, wie i. S. berichtet wurde, von Hrn. Fischbach aus Klejko übernommen war, musste des kalten Wetters wegen aufgegeben werden, doch hofft Herr Fischbach, im nächsten Jahre frühzeitig ans Werk zu gehen, um die übernommene Arbeit recht bald zu Stande zu bringen.

**Δ Mroscien, 22. Oktober.** [Sahrma. Neberschwein.] Der vorgestige Jahrmarkt war ziemlich besucht und es entwickelte sich auf demselben ein recht lebhaftes Geschäft, so dass die meisten Verkäufer befriedigt ihre Heimreise antraten. Der Auftrieb auf dem Viehmarkt war nicht so stark, wie er sonst zu sein pflegt, da unsere Besitzer wegen bedeutender Futtervorräte von ihrem Bestand nichts abgeben mögen. Der aufgetriebene Bestand wurde so ziemlich geräumt und namentlich Jungvieh gut bezahlt. Käufer waren Gutbesitzer aus dem mehrmeiligen Umkreise, auch einige Händler aus Schlesien und Brandenburg, welche Legtiers eine grössere Zahl Milchkühe kauften und sie in ihre Heimat schickten. Auf dem Pferdemarkt war das Geschäft nur unerheblich. In Fohlen wurden einige Kaufe abgeschlossen. Der grösste Theil, obgleich gut gebaute Thiere darunter waren, blieb unverkauft. — Durch die nasse Witterung in der letzten Zeit ist der Rokitafluss ziemlich angeschwollen und aus seinen Ufern getreten, was die angrenzenden Wiesen weithin unter Wasser gesetzt worden sind. Sollte der bevorstehende Winter uns noch viel Schnee bringen, dann würden wir ein sehr naßes Frühjahr in Aussicht haben.

## Staats- und Volkswirtschaft.

\*\* Neue Eisenbahnen in Westrußland. Wie der Petersburger



